



August 2025

INVESTMENT RADAR



Marktüberblick

Fokus Zoll- und Handelspolitik der USA

Zu Beginn des zweiten Halbjahres überstrahlte das dominante Thema US-Zollpolitik alle anderen Schauplätze – ähnlich wie in den vergangenen Monaten. Donald Trump konnte hierbei zuweilen „mission completed“ verkünden. So hat der US-Präsident Vereinbarungen mit mehreren Partnern erzielt, darunter bspw. Japan, die Europäische Union oder Südkorea.

Nach dem Abkommen mit dem Vereinigten Königreich Ende Juni einigten sich die USA und Japan auf ein Handelsabkommen, das ab August einen reduzierten Gesamtzollsatz von 15 % beispielsweise auf Fahrzeuge vorsieht. Zuvor waren 25 % im Gespräch. Autos sind das Hauptexportgut Japans für den amerikanischen Markt. Eine Einigung mit Tokio ist auch deshalb interessant, weil Japan bei Direktinvestitionen der größte ausländische Geldgeber in den USA ist. Präsident Trump schreibt von Investitionen in Höhe von 550 Mrd. US-Dollar in strategische Industrien wie Halbleiter, Arzneimittel, Stahl, Schiffbau, Energie, Kfz oder KI. Zudem soll Japan seinen Markt öffnen, u. a. auch für Autos und landwirtschaftliche Produkte.

Nach dem Handelsdeal legten die Indizes in Japan deutlich zu. Der Nikkei-Index schoss nach oben, in der Spitze auf ca. 41.800 Zähler, und erreichte seinen höchsten Stand seit Juli 2024. Das Allzeithoch des Nikkei 225 liegt bei 42.400 Punkten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Index im Zuge des „Liberation Day“ auf ca. 31.000 Zähler absackte, bleibt nun zwar weniger Luft nach oben. Das hinderte den Nikkei 225 aber nicht, am 12.08. ein neues Allzeithoch zu erreichen: Aktuell steht er bei 42.700 Punkten. Innenpolitisch verlor die Regierungskoalition bei der jüngsten Oberhauswahl die Mehrheit. Der japanische Aktienmarkt bleibt jedoch strategisch und strukturell interessant aufgrund vergleichsweise niedriger Fundamentalbewertungen und anhaltend positiv wirkenden Reformen insbesondere im Bereich der Corporate Governance.

Ebenfalls im Juli wurde eine Einigung bei den Verhandlungen mit der EU erzielt. Der Deal sieht ab dem 01.08. einen einheitlichen Zollsatz in Höhe von 15 % für den Großteil der Waren aus der EU vor. Dieser Grundzoll – laut EU ein „All inclusive“-Satz – soll für zahlreiche Branchen gelten. Ausgenommen von dieser Übereinkunft sind branchenspezifische Zölle: Stahl, Kupfer und Aluminium bleiben bei 50 %. Im Gegenzug entfallen viele EU-Importzölle auf US-Waren. Ferner einigten sich beide Handelspartner auf reziproke Zollfreiheit (sogenannte zero-for-zero tariffs) für diverse Waren wie etwa Flugzeuge und deren Bauteile, einzelne Chemikalien, Halbleiterausrüstungen, ausgewählte landwirtschaftliche Produkte sowie kritische Rohstoffe. Zudem vereinbarten beide Seiten, dass Brüssel Energie im Wert von 750 Mrd. US-Dollar aus den USA einkaufen wird – in erster Linie Öl und Flüssiggas, aber auch Kernbrennstoffe. Hier spielt das Ziel, die Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern, die primäre Rolle. Versprochen sind außerdem neue Investitionen aus der EU in den USA in Höhe von 600 Mrd. US-Dollar.

In Fachkreisen wird diese Übereinkunft als wirtschaftlich einseitig betrachtet. „Der Deal schadet der EU und vor allem der deutschen Wirtschaft. Er ist sicher kein Erfolg“, so IW-Außenhandelsexpertin Dr. Samina Sultan. Insofern sind zuvorderst die europäischen Unternehmen als mögliche Verlierer des Deals anzusehen, da sie auf dem US-Markt im Vergleich mit heimischen Anbietern an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Eine fortwährende Dollarschwäche würde den Nachteil zusätzlich verstärken. Besonderes Augenmerk gilt der Automobilbranche: Europäische Hersteller wie Mercedes und BMW zählen zu den wichtigsten Autoexporteuren der USA. Aber auch andere Branchen wie Maschinenbau, Chemie oder High-End-Elektronik könnten zu den Leidtragenden zählen. Ein verringerter Absatz würde sich negativ auf das BIP-Wachstum auswirken. Das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA verschlechtert zudem die Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand.

Im Gegenzug verbessert sich die relative Wettbewerbsposition von US-Unternehmen im Heimatmarkt. Doch auch auf US-Seite wird es Verlierer geben: die amerikanischen Verbraucher, die die mit hohen Einfuhrzöllen belasteten Waren kaufen (müssen) und – zumindest vorübergehend – die Auswirkungen zunehmender Inflation als Folge der Zölle spüren.

An den Märkten verpuffte die Einigung zwischen der EU und den USA weitgehend. Vieles wurde bereits in den vergangenen Wochen eingepreist, weshalb DAX und Co. nur mit einer kurzen Erholungsrallye reagierten und danach unter Druck gerieten. Positiv ist dieser Deal hinsichtlich der Planungssicherheit für Unternehmen, was grundsätzlich gut für die Börsen ist.

Weitere Deals mit Handelspartnern könnten zeitnah folgen. Der vorerst letzte Akt im Zoll-Schauspiel ist eine Fristverlängerung bis zum 07.08. – danach sollen Zölle für Einfuhren aus all jenen Staaten gelten, die kein Abkommen mit den USA geschlossen haben. Davon sind insgesamt ca. 70 Länder betroffen. Besonders hohe Abgaben könnten künftig unter anderem auf Importe aus Brasilien, Kanada oder der Schweiz entfallen. Mit Spannung erwartet werden die Verhandlungen mit Peking. Die USA und China hatten sich Mitte Mai auf eine 90-tägige Pause bei den hohen Zöllen geeinigt, die am 12.08. endet.

Schwerpunkt USA: Leitzins stabil, Börsenhochs, schwächerer Arbeitsmarkt und One Big Beautiful Bill

Die Fed hat den US-Leitzins bei ihrer Sitzung Ende Juli erneut nicht angetastet. Während Trump vehement sinkende Zinsen einfordert, blockten die Notenbanker ab. Doch der Widerstand scheint, auch mit Blick nach vorne, zu bröckeln. Die Direktoren Christopher Waller und Michelle Bowman votierten für eine Senkung um 0,25 Prozentpunkte. Ende der letzten Juliwoche wurde bekannt, dass die Gouverneurin Adriana Kugler vorzeitig von ihrem Amt zurücktritt. Das könnte Trump die Möglichkeit verschaffen, seinen Einfluss auf die Fed auszubauen. Aktuell sind zwei Zinssenkungen à 25 Basispunkte für die nächsten sechs Monate in den Anleihefuturs eingepreist, was den Aktien- und Anleihenmärkten Rückenwind geben könnte.

Auch die jüngsten Entwicklungen am US-Arbeitsmarkt könnten die Notenbank veranlassen, ihre Haltung zu Zinssenkungen zeitnah zu überdenken. Die Zahl der Neueinstellungen lag im Juli unerwartet niedrig bei nur 73.000. Zudem wurden die Daten der letzten beiden Monate um insgesamt 258.000 Stellen nach unten korrigiert. Die Arbeitslosenquote stieg auf 4,2 %. Jerome Powell betonte kürzlich angesichts der Inflationsentwicklung die Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die künftige Geldpolitik und zeigte sich für etwaige Zinsschritte offener. Besorgniserregend ist, dass die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen auf 10 % gestiegen ist. Diese Quote war zuletzt während der Pandemie erreicht worden.

Fest steht, dass die Zölle die Konjunktur belasten, entweder direkt durch höhere Preise oder durch eine weitere Abkühlung am Arbeitsmarkt.

Von all dem fast unbeeindruckt markierten die US-Indizes neue Höchststände. Der S&P 500 kletterte Ende Juli bis auf 6.420 Zähler; Anfang April war er noch unter die Marke von 5.000 Zählern abgerutscht. Das Kurs-Buchwert-Verhältnis des S&P 500 ist historisch hoch. Auch der Nasdaq-100 errang mit rund 21.450 Zählern vorübergehend ein neues Rekordhoch.

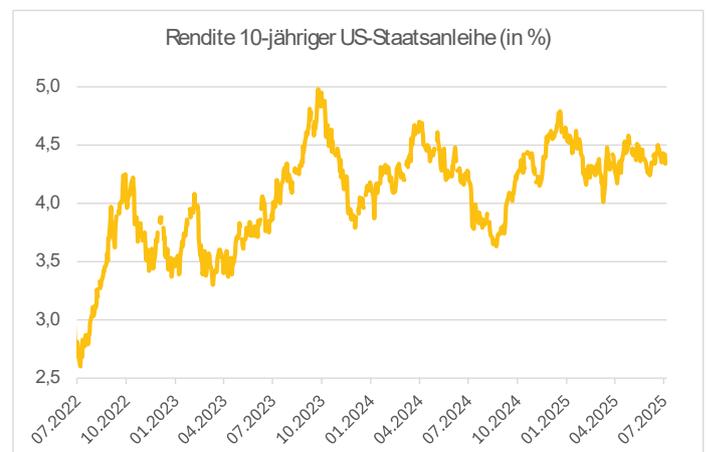
Gespeist wurde dieser Anstieg auch durch die großen Technologiekonzerne, die mehrheitlich ihre Quartalszahlen vorlegten. Nvidia und Microsoft steigerten ihre Marktkapitalisierung auf jeweils mehr als 4 Bio. US-Dollar. Amazon und Alphabet fungierten ebenfalls abermals als Zugpferde.

Für das zweite Quartal 2025 haben mehr als 80 % der S&P-500-Unternehmen eine positive EPS-Überraschung (Earnings per Share) gemeldet. Eine negative Gewinnprognose für das dritte Quartal haben 30 der im S&P 500 gelisteten Unternehmen abgegeben.

Damit könnten sich die Anzeichen verdichten, dass die Bewertungen an den Märkten zu hoch sind. Mit den schwachen US-Arbeitsmarktzahlen kam es zu deutlichen Rücksetzern. Notwendige Korrektur oder „Ausverkauf“?

Fakt ist, dass die USA rund zwei Drittel der weltweiten Börsenkapitalisierung ausmachen. Kurzfristig könnten protektionistische Tendenzen, fiskalische Risiken oder auch die hohe Bewertung für eine taktische Untergewichtung der USA sprechen. Dennoch: Die Vereinigten Staaten verfügen über strukturelle Vorteile wie Technologieführerschaft und Investitionsstärke, und sie treiben Megatrends voran.

An den US-Anleihenmärkten ist die Entwicklung von der künftigen geldpolitischen Ausrichtung determiniert. Die Frage nach einer Zinssenkung rückt in den Fokus. Nachdem die Rendite für die zehnjährigen US-Staatsanleihen bis Mitte Juli auf ca. 4,5 % angestiegen war, gab sie nach und lag Anfang August bei 4,25 %. Die Kurzläufer rentieren nach dem Kurssturz bei aktuell 3,7 %.



Quelle: <https://www.stlouisfed.org/> (30.07.2025)

Ein Herzensprojekt Trumps wurde im Juli ratifiziert: Die umstrittene „One Big Beautiful Bill“ war zuvor im Repräsentantenhaus verabschiedet worden. Der mehrere Billionen US-Dollar umfassende Gesetzentwurf soll Steuersenkungen und Mittelaufstockungen für die nationale Sicherheit ermöglichen, die teilweise durch eine Kürzung der Sozial-

ausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen, finanziert werden sollen. Insgesamt könnte es zu 4,5 Bio. US-Dollar an neuen Schulden und 325 Mrd. US-Dollar Mehrausgaben, verteilt über die kommenden zehn Jahre, kommen. Zur Gegenfinanzierung sollen im dritten Quartal 667 Mrd. US-Dollar zusätzlich an T-Bills begeben werden, was zu spürbaren Reaktionen an den Anleihenmärkten führen könnte.

Europa, Deutschland und der Euro

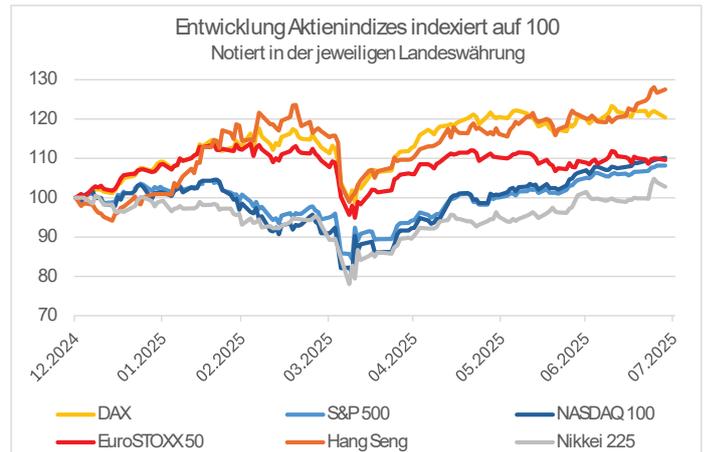
Sowohl die Inflationsrate im Euroraum als auch die Kernrate lagen im Juli unverändert bei 2,0 bzw. 2,3 %. Der Preisauftrieb bei Dienstleistungen ging leicht zurück; die Preise für Konsumgüter und Nahrungsmittel stiegen zunehmend an. Die Inflationsdaten folgten auf eine vermeintlich stabiler als erwartete Entwicklung des BIP. Demnach wuchs die Wirtschaft der Eurozone im zweiten Quartal um 0,1 %. Die EZB legte eine Zinspause ein. Erneute Zinssenkungen im Jahresverlauf sind aktuell nicht mehr eingepreist.

Der IWF hat seine Konjunkturprognose für Deutschland auf +0,1 % heraufgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr werde die deutsche Wirtschaft leicht wachsen. Im April war der Währungsfonds noch von einer Stagnation ausgegangen. Aufgrund des Milliardenpakets für Infrastruktur und Verteidigung sowie der Einigung im Zollstreit mit den USA scheint sich etwas mehr Optimismus breitzumachen.

Das spiegelt sich auch im ifo Geschäftsklimaindex wider. Er stieg im Juli leicht auf 88,6 Punkte. Während sich die Unternehmen mit den laufenden Geschäften etwas zufriedener zeigen, bleiben ihre Erwartungen nahezu unverändert. Im verarbeitenden Gewerbe wie auch in der Baubranche bewerten die Unternehmen die aktuelle Lage und auch die Erwartungen positiver als im Vormonat, Handel und Dienstleistungen schwächeln hingegen weiter.

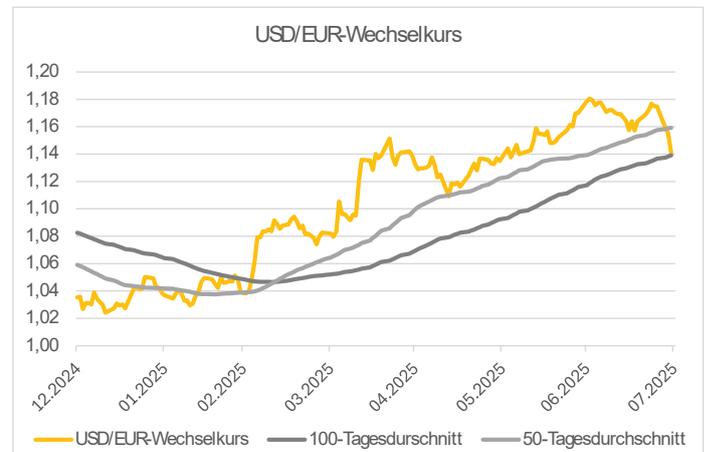
Mit Blick auf die Aktienindizes könnte auch hierzulande und anderswo in Europa eine („gesunde“) Korrektur einsetzen. Der DAX markierte unlängst ein neues Allzeithoch bei 24.500 Punkten, gab im Zuge der schwachen US-Vorgaben aber nach und steht Anfang August deutlich unter der Marke von 24.000.

Spannend dürfte im globalen Kontext und mit Blick auf einen möglichen Deal Chinas mit den USA auch die Entwicklung des Hang Seng werden. Nachdem der chinesische Markt in den vergangenen Jahren arg enttäuscht hat, konnte der Index in diesem Jahr seit seinem Tief im Januar satt zulegen und ein Hoch bei 25.730 Zählern erreichen. Das war zuletzt Ende 2021 der Fall.



Quelle: www.finanzen.net (30.07.2025)

Nach der beständigen Schwäche des US-Dollars der letzten Monate erholte sich der Greenback im Juli zwischenzeitlich um gut 2% ggü. dem Euro von 1,183 auf 1,556 (Test der 50-Tageslinie). Es folgte eine erneute kurze Abwärtsbewegung, bis es schlussendlich zum Monatsende zur Verkündung des Handelsdeals zwischen den USA und der EU kam. Die Gemeinschaftswährung fiel dynamisch bis auf \$1,14 (Test der 100-Tageslinie) je Euro. Ein schwächerer USD wirkt sich positiv auf die in USD bilanzierten Umsätze und Gewinne von US-Unternehmen aus, die einen hohen Anteil ihrer Umsätze in Fremdwährungen erwirtschaften.

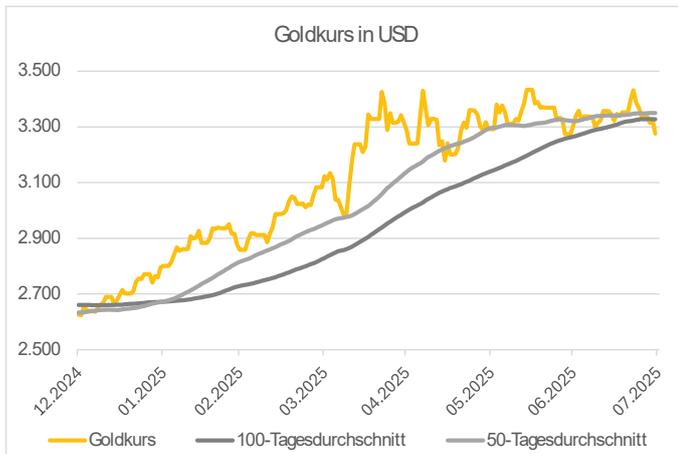


Quelle: www.finanzen.net (30.07.2025)

Stabiler Goldpreis / Öl schwankt um 70 US-Dollar

Das gelbe Edelmetall konsolidierte im Juli auf hohem Niveau. Bei einem Preis von ca. 3.360 US-Dollar je Feinunze ist fraglich, wie viel Fantasie für weitere Preissteigerungen noch vorhanden ist. Fundamental sieht es nach wie vor gut aus angesichts von geopolitischen Unruheherden und anhaltender Inflation. Zudem treten die Notenbanken weiterhin als Käufer auf. Laut World Gold Council erhöhten sie ihr

Volumen im zweiten Quartal 2025 um 166 Tonnen. Trotz einer Verlangsamung bleiben die Käufe der Zentralbanken aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheit auf einem deutlich erhöhten Niveau.



Quelle: boerse.de (30.07.2025)

Nachdem Trumps Druck auf Russland den Ölpreis kurzfristig in Richtung 74 US-Dollar steigen ließ, belastete der enttäuschende US-Arbeitsmarktbericht wiederum. Sollte dies ein nachhaltiges Signal für eine Abschwächung der US-Wirtschaft sein, würde das auch die Nachfrage nach Rohöl dämpfen.

Fazit

Der Ausblick auf die nähere Zukunft ist leicht zwiespaltig. Die Aktienmärkte sind zuletzt etwas heiß gelaufen. Eine mögliche Korrektur setzte am 01.08. ein. Negativmeldungen oder Gewinnmitnahmen könnten diese Entwicklung fortsetzen. Das wiederum böte die Möglichkeit für einen verbilligten Einstieg oder zum günstigen Nachkaufen, da die Ausblicke (Wirtschaft, Unternehmensgewinne) weiterhin robust sind. Auch sollte dahingehend differenziert werden, ob einzelne Märkte oder Segmente tatsächlich zu teuer bewertet sind – Stichwort US-Technologieaktien.

Weitere Einigungen im Zollstreit könnten ebenfalls etwas Rückenwind verleihen. Durch die Brille des mittel- bis langfristigen Investors gestaltet sich der Ausblick durchaus konstruktiv positiv. Kurzfristig dürften die Schwankungen allerdings erst einmal zunehmen. Ohne negativen Trigger kann die kurzfristig überkaufte Situation bei den Aktienindizes allerdings auch in einen temporären Seitwärtstrend münden, was für anhaltende bzw. anschließende Stärke der Märkte spräche.



Fondsempfehlungen

1. JPM Pacific Equity A EUR (LU0217390573)

Der Fonds investiert in Aktien des pazifischen Raums (All Caps). Mithilfe einer fundamentalen Bewertungsstrategie setzt das Management einen stringenten Bottom-up-Ansatz um. Das Portfolio besteht zu einem größeren Teil aus japanischen Aktien. Aber auch andere Länder wie z. B. China, Südkorea und Australien finden Einzug in das Portfolio. Die Strategie ist sehr erfolgreich: Seit Jahren wird ein stabiles Alpha erzielt.

2. AB Low Volatility Equity Portfolio (WKN: A141C0)

Dieser Fonds investiert in globale Aktien. Im Gegensatz zu klassischen Aktienfonds fokussiert er sich jedoch auf Aktien mit stabilem Geschäftsmodell, so dass die Volatilität gesenkt wird. Das Ziel des Fonds: In steigenden Marktphasen soll zu 90 % partizipiert werden, in fallenden Marktphasen hingegen nur zu 70 %. Durch diese 90/70-Regel sollen langfristig die Renditen überdurchschnittlich ausfallen und die Schwankung reduziert werden.

3. Allianz Dynamic Multi Asset Strategy SRI 50 (LU1019989323)

Das Erfolgsgeheimnis des Anlageprozesses liegt in seiner aktiven Vermögensallokation. Die Titelauswahl basiert auf einer diversifizierten Multi-Faktor-Strategie. Diese Strategie nutzt bewährte Faktoren wie Value, Momentum, Revisionen, Growth und Quality. Sie kombiniert Top-down-Forschung zu Faktor-Risikoprämien mit einem strengen Risikomanagement und SRI-Aspekten. Der Fonds eignet sich als Basisinvestment für ein ausgewogenes Portfolio.

4. HANSAGold EUR-Klasse A hedged (DE000A0RHG75)

Der Fonds zielt darauf ab, die Wertentwicklung des Goldpreises nachzubilden. Fondsmanager Nico Baumbach investiert überwiegend in physisches Gold (bis zu 30 % des Fondsvermögens), zusätzlich in Rohstoff-Zertifikate (z. B. Gold, Silber, Platin) sowie EU- bzw. EWR-Staatsanleihen zur Diversifikation. Währungsrisiken sollen weitgehend ausgeschlossen werden (Hedging). Der Fonds eignet sich als strategische Goldposition für Ihr Portfolio.

Der Investment Radar ist eine Publikation der BfV Bank für Vermögen AG.

Mehr Informationen unter www.bfv-ag.de

Kontakt unter: info@bfv-ag.de

BfV Bank für Vermögen AG

vertreten durch den Vorstand: Dr. Frank Ulbricht (Vorsitzender), Karsten Kehl

Frankfurter Landstraße 62 a, 61440 Oberursel, Deutschland

Risiken:

Investitionen können Anlagerisiken unterliegen, die u. a. Marktfluktuationen, Regulationsänderungen, möglichen Verzug von Zahlungen und Verlust von investiertem Einkommen und Kapital beinhalten. Der Wert der Anlagen kann sowohl steigen als auch fallen. Es ist zudem möglich, dass der Investor den ursprünglich investierten Betrag zu keinem Zeitpunkt zurückerhält. Die Kosten der Anlage wirken sich negativ auf die Performance aus und werden bei Abschluss vom Berater detailliert dargelegt.

Wichtige Hinweise:

Bitte beachten Sie, dass es sich bei dieser Unterlage um werbliche Informationen allgemeiner Art und nicht um eine vollständige Darstellung bzw. Finanzanalyse eines bestimmten Marktes, eines Wirtschaftszweiges, eines Wertpapiers oder des jeweils aufgeführten Finanzinstruments handelt. Die in dieser Unterlage wiedergegebenen Informationen und Meinungen wurden am angegebenen Datum erstellt. Sie werden zu Informationszwecken als Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung weitergegeben. Sie dienen nicht als Angebot, Anlageberatung oder generelle oder individuelle Empfehlung der BfV Bank für Vermögen AG, hier dargestellte Kapitalanlagen zu kaufen, zu halten, zu verkaufen oder in sonstiger Weise damit zu handeln, und begründen kein vertragliches Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Alle Informationen stammen aus bzw. basieren auf eigenen Recherchen. Etwaig dazu verwendete oder enthaltene Daten stammen aus Quellen, die die BfV Bank für Vermögen AG als zutreffend erachtet, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit, Rechtzeitigkeit und Aktualität aber keine Gewähr übernommen wird. Die BfV Bank für Vermögen AG lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung der in dieser Unterlage gegebenen Informationen ab. Wir weisen darauf hin, dass etwaige enthaltene Finanzanalysen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Finanzanalysen genügen und keinem Verbot des Handelns vor der Veröffentlichung unterliegen. Die Kurse und Werte der beschriebenen Investitionen können schwanken, steigen oder fallen und es besteht die Möglichkeit, dass Sie bei Rückgabe der Anteile nicht den vollen investierten Betrag zurückerhalten bzw. bei bestimmten Produkten die Rückgabe zeitweise nicht möglich ist. Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung. Die hier enthaltenen Informationen können eine auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Beratung nicht ersetzen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Insbesondere hängt auch die steuerliche Behandlung einer Investition von Ihren persönlichen Verhältnissen ab und kann künftig Änderungen unterworfen sein. Bitte beachten Sie, dass für Sie nach Ihren persönlichen Anlagewünschen alternative Anlageformen sinnvoll sein können. Maßgeblich für den Kauf sind allein die jeweiligen Anlage-/Emissionsbedingungen nach den gesetzlichen Verkaufsunterlagen. Diese können Sie für die in dieser Unterlage enthaltenen Investitionsmöglichkeiten bei der BfV Bank für Vermögen AG kostenlos erhalten. Diese Unterlage ist zur Verwendung nach deutschem Recht in Deutschland bestimmt. Das vorliegende Dokument darf ohne schriftliche Genehmigung der BfV Bank für Vermögen AG weder ganz noch auszugsweise vervielfältigt werden. Stand: April 2022